

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

2 (3.1.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postzahler 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige Salongröße ober deren Raum 50 J., Restamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Vor der Inkraftsetzung des Friedens.

Berlin, 2. Jan. (Privatmeldung.) Wie wir von zuverlässiger Seite hören, haben unsere in Paris weilenden Delegierten den Eindruck, daß erste Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Entschädigungsfrage und die Übergangsbestimmungen nicht mehr eintreten werden und daß somit die französische Nachkriegsfrage, wie ständen unweit elbar vor der Inkraftsetzung des Friedens, richtig sind. Allerdings dürfte die Inkraftsetzung dadurch verzögert werden, daß die Sachverständigen für die Übergangsbestimmungen mit ihren Beratungen nicht so schnell fertig werden, wie zuerst angenommen wurde. Namentlich bereitet die Lösung der juristischen Fragen große Schwierigkeiten, die aber rein sachlicher Natur sind, wie überhaupt die ganzen Verhandlungen lüthl und sachlich geführt werden.

Ueber die Frage der Entschädigung für Scapa Flow hat man sich dahin geeinigt, daß Deutschland sich zur sofortigen Ablieferung von 192 000 Tonnen Eisenmaterialien verpflichtet und den Rest der Entschädigung binnen 30 Monaten nachliefern. Wie groß dieser nachzuliefernde Rest sein wird, soll vom Urteil der gegenwärtig die deutschen Eisen besitzenden Ententesachverständigen abhängig gemacht werden. Der Schlussatz der letzten Ententesnote, daß die internierte Besatzung der bei Scapa Flow verbleibenden Schiffe nach der Unterzeichnung des Entschädigungsprotokolls zurückgegeben werden soll, ausgenommen diejenigen Mannschaften, die beschuldigt werden, Kriegsverbrechen begangen zu haben, habe vielfach Befürchtungen erweckt, denen gegenüber jetzt festgestellt werden kann, daß die Besatzung der Schiffe selbst nicht als ein Kriegsvergehen betrachtet wird.

Basel, 2. Jan. (Privatmeldung.) Die Befehlshaber der Truppen im besetzten Gebiet wurden gestern durch Marschall Foch davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages als bevorstehend zu betrachten und alle Vorbereitungen für die Besetzung derjenigen Gebiete zu treffen seien, die mit Inkrafttreten des Friedens gemäß dem Vertrag eine solche erhalten werden.

Die Lage in Bulgarien.

Wien, 2. Jan. Wie die Genfer „Globe“ aus Sofia über Belgrad erfährt, ist die Lage in Bulgarien sehr ernst. Die Regierung wird wahrscheinlich den Kriegszustand über das ganze Land verhängen. In einer Massenversammlung der kommunistischen Partei wurde von einem bulgarischen Offizier eine Bombe geworfen, die fünf Personen tötete. Der bulgarische Generalstabschef General Karawatz hat demissioniert. Er wird durch den Oberst Maslanow ersetzt werden.

Aufstand in Indien.

Basel, 2. Jan. (Privatmeldung.) Die „Presins.“ meldet aus London: Nach zuverlässigen Nachrichten aus Indien haben sich mehrere indische Stämme mit ihren Fürsten an der Spitze gegen die Engländer erhoben. Der Vizekönig von Indien hat auf Verlangen der britischen Regierung einen telegraphischen Bericht über die Lage in Indien erstattet, welcher auf den Ernst der Situation hinweist und bedeutende Truppenverstärkungen erwünscht. Die Erdstöße nach Unabhängigkeit werden ausgeprägt, zudem sei die kommunistische Bewegung nicht genug ernst zu nehmen.

Wien, 2. Jan. Die „Times“ melden aus Amerika, daß bei der Eröffnung des indischen Nationalkongresses der Präsident des Kongresses eine Rede hielt, in der er sagte, der Friede in der Welt sei teilweise wieder hergestellt; die 14 Punkte des Präsidenten Wilson seien jedoch tot. „Wesche dem Besiegten!“ sei die Lösung. Rußland, das Frieden wolle, lasse man nicht zu Ruhe kommen. Das Los der Türkei hänge in der Schanze und Irland und Ägypten müßten die Macht des britischen Reiches fühlen! In Indien sei das Kriegswort weiter gehandhabt worden, um Furcht in das Herz des indischen Volkes zu pflanzen und um etwaige kommunistische Schwierigkeiten zu vermeiden.

Die „Times“ melden aus Bombay, daß die indischen Mahomedaner die Teilung der Türkei ohne die Erteilung von Mandaten für Teile der Türkei als einen Angriff auf ihre Religion ansehen würden.

Die ersten heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Japan.

Berlin, 2. Jan. (WPA.) Nach einer von der schweizerischen Gesellschaft in Tokio eingegangenen Meldung hat der erste Heimkehrertransport der Kriegsgefangenen aus Japan am 28. Dezember auf dem Dampfer „Rifuku Maru“ Kobe verlassen; an Bord befinden sich 48 Offiziere, 72 Vortruppen-Unteroffiziere und 820 Unteroffiziere und Mannschaften, insgesamt 941 Mann. Der Transport, dessen Führer Kapitän a. S. Hellerich ist, umfaßt die Mehrzahl der Kriegsgefangenen aus den Lagern von Marashino und Monogahara, darunter die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen. Die Reise, auf der Tsingtau, Singapora, Sabang und Port Said angelaufen werden sollen, wird ungefähr 60 Tage dauern.

Drohender Generalstreik in Elsaß.

Strasbourg, 2. Jan. (Privatmeldung.) Infolge des drohenden Ausbruchs eines Generalstreiks in Elsaß-Lothringen stehen die Truppen in ihren Garnisonen seit Montag alarmbereit. Die bereits bewilligten Urlaube, welche den Offizieren erteilt waren, wurden aus den angegebenen Gründen vorübergehend zurückgezogen. Die Straßenbahnen in Strasbourg und Kolmar haben Versammlungen abgehalten, in denen ein

Empathiestreik mit den Mülhauferer Straßenbahnern beschlossen wurde.

Mülhausen, 2. Jan. (Privatmeldung.) Die Verhandlungen des Generalkommissars Millerand mit den Vertretern des Buchdruckerergewerbes und den Straßenbahnern sind gescheitert. Die Mülhauferer Straßenbahner streiken weiter. Der Tramverkehr in der Stadt und nach den Vororten ruht vollständig. Die Ausständigen hielten einige Arbeitswillige gewaltsam von der Wiederaufnahme der Arbeit ab. Das Straßenbahndepot Mülhausen erhielt eine starke militärische Besatzung.

Die Lage in Sibirien.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ melden die „Times“ aus Sibirien, daß die Lage der zurückweichenden Armee Koltshatz furchtbar sei. Die Bevölkerung von Irkutsk sei der dort weilenden Regierung Koltshatz feindselig gesinnt. Die Eisenbahnstation dieser Stadt soll sich in den Händen der Sozialrevolutionäre befinden. Nach einer Meldung der „Times“ aus Paris ist Japan bereit, in Sibirien durch energische Unterstützung die Lage zu retten, wenn es von den Mächten die Ermächtigung dazu erhält. Daselbst meldet aus New York, daß einer halbamtlichen Mitteilung aus Washington zufolge, die Vereinigten Staaten, England und Japan ein Abkommen geschlossen haben, wonach die Luftfahrt über Sibirien Japan übertragen wird. Japan wird jetzt Truppen in größerer Zahl entsenden, um die transsibirische Bahn bis zum Poikalee gegen die Bolschewiken zu verteidigen. Weiter würden die japanischen Truppen nicht vorbringen. Die amerikanischen und sibirischen Truppen würden darauf aus Sibirien zurückgezogen.

Die Gefangenen in Sibirien.

Ein Hilferuf aus Genf.

Das Genfer Rote Kreuz richtet einen Aufruf an die internationalen Organisationen vom Rote Kreuz zugunsten der Kriegsgefangenen in Sibirien, in dem es u. a. heißt: Ungefähr 200 000 Kriegsgefangene, zumeist Oesterreicher und Ungarn, befinden sich noch in Sibirien. Viele von ihnen sind schon seit 1914 in Gefangenschaft. Die schlechte Unterernährung und Verpflegung, welche sie erhalten, läßt die Leute in dreijähriger Frist altern. Sie fallen vielfach der Neurasthenie, der Syphilis und dem Wahnsinn anheim. Anstehende Krankheiten haben furchtbar unter ihnen gewüthet. Im Lager von Troizk sind von 16 000 Gefangenen mehr als 12 000 dem Typhus zum Opfer gefallen. Im Lager von Krasnojarsk forderte der Typhus 6990 Opfer. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes ist über die traurige Lage seit langem tief bewegt und hat schon zu wiederholten Malen auf die dringende Notwendigkeit der schleuesten Heimtschaffung dieser Armen hingewiesen. Es stehen aber Transportbeschwerden im Wege und die Schwierigkeit der Beschaffung von Krediten. Die Heimtschaffungskosten dürften sich bei dem jetzigen Stand der Valuta auf mehrere Milliarden Kronen belaufen. Die Berichte der Delegierten des internationalen Komitees lassen erkennen, daß wenn nicht bald eine Besserung eintritt, die Kriegsgefangenen der vollständigen Vernichtung anheimzufallen.

Rom, 2. Jan. Der „Observatore Romano“ veröffentlicht eine Adresse des internationalen Roten Kreuzes Komitees an den Papst zugunsten der Kriegsgefangenen in Sibirien. Der „Corriere d'Informazione“ berichtet, daß der Papst bereits den päpstlichen Vertreter in Bern beauftragt hat, sich mit dem Genfer Komitee auf eine gemeinsame Aktion für die Kriegsgefangenen zu verständigen.

Zum Prozeß Miller.

Wie das „Berliner Tagblatt“ mittelt, hat der Vater des beschriebenen Heimtücke an den Gerichtsherrn und an den Anklagebevollmächtigten die dringende Bitte um Einlegung der Berufung gerichtet. Er begründet sie mit den Mängeln der Beweisaufnahme und mit der Benennung weiterer neuer Zeugen, die sich bei der Familie des Heimtücke gemeldet haben. So hat er jetzt einen Unteroffizier genannt, der die Verhandlungen des Heimtücke von Anfang an bis zu Ende mitangesehen hat, ferner den Gardebattalion (einen Berliner Schuhmachermestre), der in der Todesnacht des Heimtücke vor dessen Erdboden gestanden hat und über sein Schicksal im einzelnen Aufschluß geben kann.

Es ist das in der Tat ein unhaltbares Militärgerichtsurteil. Zu sieben Wochen Festungshaft, der Mindeststrafe, hat das Berliner Kommandaturgericht den früheren Oberleutnant Miller, der sich der Mißhandlung von Untergebenen während des Winterfeldzuges in den Karpaten schuldig gemacht hatte, verurteilt, während der Vertreter der Anklage ein Jahr beantragt hatte. Miller hat in drei Fällen Untertage, die er für unbotmäßig und für Simulanten hielt, bestraft, ohne vorher durch ärztliche Untersuchung den Tatbestand feststellen zu lassen, er hat sie ferner beschimpft und mißhandelt. Alle drei sind kurz nachher gestorben, wohl nicht durch die persönliche Mißhandlung, aber vielleicht im Zusammenhang mit der an Kranken gesundheitlich sehr schädlichen Bestrafung und Behandlung. Die Rückfragen der Disziplin dürfen selbstverständlich unter keinen Umständen die Rücksicht auf die Menschlichkeit ausschalten. Das ist aber hier zweifellos geschehen und hätte die strengste Ahndung erfordert. Für dieses Erfordernis hat das Militärgericht kein Verständnis gezeigt. Es hat eine Milde bewiesen, für die es keine Rechtfertigung gibt. Wer einen Bestrienen mißhandelt — ein Angebundener ist geschlagen, ein Soldat nach der Aussage eines unbedächtigen Zeugen getreten worden —, der ist ein Mörder, der nicht milde, sondern hart bestraft werden muß. Es geht nicht an, daß zur Rechtfertigung des milden Urteils das Gericht die belastendste Aussage für einen „Verstum“ erklärt. Mit einer solchen Entscheidung hat es seine Unbefähigkeit in Frage gestellt, es hat nach kollektiven Empfindungen, aber nicht nach Recht entschieden. Ein so fehlerhaftes Urteil, das ein neues Dokument für die Unhaltbarkeit der Militärgerichte ist, kann nicht aufrechterhalten werden, die Richtigkeitsmaß gerechte und ausreichende Sühne finden.

Ein Führer der U. S. P.

Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!

Vor dem Schöffengericht Berlin wurde am Montag die Beleidigungsklage des Schriftstellers Felix Stöffinger, jetzigen Redakteurs der zum Verlag der „Freiheit“ gehörenden Illustrationsbeilage „Freie Welt“ gegen den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“ Th. Wolff behandelt. Stöffinger hatte im Verlaufe eines Vortrages im „Bund Neues Vaterland“ das „Berliner Tageblatt“ beschuldigt, es habe Gerhart Hauptmann zu chauvinistischer Propaganda in der Kriegsgefangenenfrage gekauft. Das nahm Theodor Wolff zum Anlaß, um dem österreichischen Schriftsteller Stöffinger vorzuwerfen, er sei bis zur Revolution im österreichischen Kriegspressquartier als Vertrauensmann des Obersten Eisner von Subna gewesen und habe fern von der Front ein angenehmes Leben geführt und nationalistiche Propaganda betrieben; nach der Revolution habe er plötzlich einen völligen Gemüthswechsel vollzogen und sich dem radikalen Flügel der Unabhängigen angeschlossen. Auf Grund dieser Darstellung hat Stöffinger die Beleidigungsklage erhoben.

Die Verhandlung wurde zwecks Vorladung neuer Zeugen vertagt. Einweilen wurde zur Charakterisierung des unabhängigen Charakters folgende eidesstattliche Erklärung überreicht:

Ich Viktor Krawitz, protokollierter Kaufmann in Wien IV, Schüsselgasse 3 wohnhaft, erkläre an eidesstatt das Folgende, daß ich auch vor jedem Gericht auszusagen erdilig bin: Ich war während der zwei letzten Kriegsjahre als I. I. Mitteilungsleiter, zuerst als Gruppenleiterstellvertreter, später als Leiter der Propagandatruppe des I. u. I. Kriegspressquartiers tätig und als solcher unmittelbarer Vorgesetzter des Felix Stöffinger. Aus eigener Erfahrung ist mir bekannt:

1. Felix Stöffinger wurde auf Grund eines eigenen Ansuchens in das I. u. I. Kriegspressquartier aufgenommen.

2. Stöffinger war während seiner Dienstleistung in erster Linie damit betraut, die Berichte über die Propaganda der österreichisch-ungarischen Monarchie, insbesondere die von militärischer Seite geleitete Propaganda zu verfassen. Diese Berichte umfaßten außerdem eine Heberische der Propaganda der verbündeten Staaten und der feindlichen Länder. Stöffinger schrieb diese Arbeiten immer im Stillsitzen eigenhändig, diktierte sie dann einer Maschinenreiberin, und das Konzept wurde mir jeweils zur Korrektur vorgelegt. Ich entfinne mich sehr genau daran, daß ich wiederholt genötigt war, den patriotischen Heberschwang in Stöffingers Darstellung zu mildern und daß auch der Kommandant des I. u. I. Kriegspressquartiers, Oberst Wilhelm Eisner-Subna, wiederholt Anlaß nahm, einzelne Stellen abzuschwächen. Ich möchte noch hinzufügen, daß diese Berichte ausdrücklich auch für deutsche Stellen als geheim gehalten, weil darin sehr häufig von Stöffinger Anlaß genommen wurde, die deutsche Propagandatätigkeit im Ausland zu tabeln. Stöffinger hat überhaupt stets den größten Eifer an den Tag gelegt und besonders an den Vorbereitungen für Kriegsbilderausstellungen Anteil genommen.

3. Stöffinger hat nicht bloß die Berichte über Propaganda verfaßt, er hat auch tätigen Anteil an der Propaganda genommen. Im Sommer 1917, vor der zehnten Nonozschlacht, wurde die Herausgabe einer Schrift „La marche sur Trieste“ über die Leistungen der I. u. I. Armee unter Erzherzog Eugen oder eigentlich Boroevich angeregt, die hauptsächlich zum Verkauf im neutralen Ausland bestimmt war und der äußeren Form nach so angelegt wurde, als ob sie von italienischer Seite stammte. Das Titelblatt zeigte eine italienische Tricolore über der Silhouette Triests. Die Schrift wurde zufälligerweise fertig, als die Italiener die große Niederlage im Herbst 1917 erlitten hatten und wurde an einem Tage von eigens ins neutrale Ausland entsendeten I. u. I. Offizieren in großen Massen durch die Post aller irgendwie hervorragenden Personen, darunter auch den italienischen Vertretungsbehörden zugestellt. An der Schmeiz wurde die Verfertigung der Schrift als Neutralitätswidrig durch die Post verweigert. Im Haag gab die Zustellung dieser Schrift an den italienischen Gesandten durch die holländische Post Anlaß zu einer Beschwerde des italienischen Gesandten beim holländischen Ministerium des Innern. Für den Vertrieb im verbündeten Ausland waren mehrere laufende Exemplare bestimmt. Stöffinger veranlaßte aus eigenem Antriebe das Kaufhaus des Westens in Berlin, einen größeren Posten dieser Schrift in Vertrieb zu nehmen, und für das übrige Deutschland betraute er, ebenfalls aus eigenem Antriebe, die Firma Wolmar in Leipzig. Diese Transaktionen führte Stöffinger ganz selbständig und spontan, während eines Aufenthaltes in Deutschland durch, der meines Gedenkens der Vorbereitung einer Kriegsbilderausstellung in Berlin diente. Stöffinger hat auch die entsprechenden Reklamenotizen für die deutsche Presse verfaßt, welche sich in meinem Besitz befinden. Ich behaupte, daß von Stöffinger diese Leistung nicht verlangt worden wäre, wenn er sich nicht spontan vor seiner Abreise nach Berlin dazu erboten hätte. Die Schrift war schärfsten polemischen Inhalts gegen Italien.

Wegen seiner patriotischen und eifrigen Tätigkeit habe ich selbst Stöffinger mindestens einmal zum Kommandoraphort vorzuführen gehabt, bei welcher Gelegenheit ihm der Dank und die Belobung des Kommandos ausgesprochen wurde. Anherben wurde Stöffinger mit dem silbernen Verdienstkreuz dekoriert und verfaßte eigenhändig die Vorschlagsunterlagen zu dieser Auszeichnung.

5. Ich erinnere mich, daß ich über Auftrag des Kommandos eine große Schrift über die österreichisch-ungarische Monarchie in bulgarischer Sprache herausgab, über welche Stöffinger ebenfalls in seinem Monatsberichte zu referieren sollte. Der Ton, in dem er diese Arbeit vortrug, war derartig überschwänglich, daß ich ihn in liebenswürdiger Form darauf aufmerksam machte, daß man nur einmal im Jahre dekoriert werden dürfe

und daß er ganz bestimmt nicht General würde, wenn er meine beschriebene Tätigkeit noch so sehr in den Himmel habe. Ich möchte schließlich betonen, daß von dem militärischen Druck, der auch im Kriegspressequartier angeblich ausgeübt worden sein soll, besonders in der von mir geleiteten Gruppe keine Spur vorhanden war. Hätte Stössinger wie beispielsweise der gleichzeitige mit ihm eingerückte Franz Werfel durch sein Gehörten Wider-Willen gegen die ihm durch den Krieg auferlegte Tätigkeit beklagt, so wäre darauf die größte Rücksicht genommen worden. Ich will als Illustrationsfaktor hierfür anführen, daß Franz Werfel während seiner mindestens 16 monatlichen Tätigkeit in meiner Gruppe eine einzige kleine Arbeit im Umfange eines mäßigen Zeitungsfeuilletons geschrieben hat und sonst meines Erinnerns nichts.

Wien, am 17. Dezember 1919.

Viktor Klarwill.

Hier hat man die naturgetreue Photographie eines unabhängigen Charakters. Man könnte noch viele solcher Photographien bieten, wenn nicht Jählichkeit der Leser und Raum der Zeitungen zu schade dafür wäre. Herr Stössinger wird dieser kleine Zwischenfall in seiner Karriere nichts schaden. Denn so wie er im Kleinen und Persönlichen so sind sie alle im Großen und Politischen. Als der Krieg ausbrach, war es Eduard Bernstein, waren es ein Tugend anderer, später unabhängiger Führer, die zuerst am nachdrücklichsten für die Bewilligung der Kriegskredite eintraten. Dieser „größte Verrium ihres Lebens“ hat sie nicht etwa veranlaßt nachdem sie ihn „eingesehen“ hatten sich mit einer belächelten Erklärung ins Privatleben zurückzuziehen, sondern sie traten erst recht als Führer des deutschen Volkes auf. Mit derselben Leidenschaft und Ubergangstreue sprach der Wittmann für die meuternden Matrosen, mit der er einst die deutschen Siege gefeiert hatte, und derselbe Eichhorn, der es im August 1914 ganz natürlich fand, daß die Arbeiter schwarz-weiß-rote Fahnen herausstreckten, brandmarkte nachher unerbittlich den „Sozialpatrioten“ Scheidemann. Und als das Schicksal der Revolution zur Entscheidung stand, da waren es wiederum die unabhängigen Führer, welche sich für die Orientierung nach dem Westen und gegen die nach dem Osten entschieden. Genau ein Jahr ist es her, daß zum Gründungsparlament der Kommunisten Herr Dr. Rudolf Hilferding erklärte, die U. S. V. werde immer an der Demokratie festhalten und sich niemals die Diktaturgelüste zu eigen machen. So besteht die ganze U. S. V. aus Leuten, die ihre eigene Verantwortung schmächtig veranken haben, die ihre eigenen Worte und Taten mit Füßen treten, die sämtlich innerlich nicht überaus und nicht ehrlich, sondern clebte Heuchler und Komödianten sind. Daher ihr geschäftiger Ueberreifer, ohnedies in patriotischem Ueberchwang und in völkischer Revolutionsbegeisterung. Man kann ein ehrlicher Sozialdemokrat und ein ehrlicher Kommunist sein — einen ehrlichen Unabhängigen Medner oder Schriftsteller hat es, abgesehen von ein paar Dummheiten, die alles glauben, nicht gegeben und kann es nicht geben.

Politische Uebersicht.

Die neue Reichseinkommensteuer.

Der Nationalversammlung ist vor der Beratung der Gegenentwurf einer neuen Reichseinkommensteuer zugegangen. Mit dieser Vorlage wird ein neuer Abschnitt in der deutschen Steuer Geschichte angebahnt, da hiermit das Kernstück der ganzen direkten Besteuerung in die Hände des Reiches übergeht. Die persönliche Steuerpflicht erstreckt sich auf alle Deutschen, soweit sie sich nicht länger als zwei Jahre dauernd im Ausland aufhalten, ohne im Ausland einen Wohnsitz zu haben, weiter auf Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz haben oder sich dort des Erwerbes wegen oder länger als 6 Monate aufhalten. Die oben genannten Personen werden mit ihrem Gesamteinkommen zur Einkommensteuer herangezogen.

Zur Feststellung des steuerbaren Einkommens dürfen vom Gesamteinkommen folgende Abzüge gemacht werden: 1. Ertragssteuern und die üblichen Verbundkosten, 2. Die von dem Steuerpflichtigen bezahlten Schuldzinsen, Renten und dauernden Lasten (Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht sind nicht abzugsfähig), 3. Beiträge zu den Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten- und Invalidenversicherungen, Wittwen-, Waisen- und Pensionskassen, 4. Beiträge zu Sterbefällen bis zu einem Jahresbeitrag von insgesamt 100 M., 5. Beiträge zu den gesetzlichen Berufsvertretungen, 6. Bei einzelnen Veräußerungsgeschäften er-

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

27 So sah er lange; doch plötzlich sprang er mit einem Satz auf und trat zu Anderien.

„Hören Sie ein bißchen auf,“ sagte er, indem er die Hand auf Anderiens Schulter legte.

Anderien ließ die Maschine ruhen und sah den Meister erwartungsvoll an.

„Sie wünschen, Herr Blomberg?“

„Mir fiel gerade etwas ein, was ich Sie schon manchmal fragen wollte. Woher haben Sie eigentlich die hübsche Truhe in Ihrem Zimmer, Anderien?“

„Meinen Sie die mit meinen Kleidern,“ erwiderte der Geselle.

„Gewiß — die schöne graubemalte Truhe mit den goldenen Räheln.“

„Finden Sie sie wirklich schön?“ fragte Anderien. „Das freut mich, denn sie gefällt mir auch. Ich habe sie in Farbe gekauft, ehe ich hierher fuhr.“

„Sie haben einen guten Geschmack, Anderien,“ entgegnete der Schneider freundlich, „ich hätte wahrhaftig Lust, den Kästen auch einmal von innen zu sehen. Aber Sie können ruhig über Ihrer Arbeit bleiben, wenn Sie mir nur den Schlüssel geben.“

Bereitwillig griff Anderien in seine Westentasche, um Blombergs Wunsch zu erfüllen.

„Hier, Meister, betrachten Sie alles, soviel Sie wollen. Vielleicht kann ich Ihnen eine ähnliche Truhe verschaffen, wenn Sie eine solche haben möchten. Hier in Kopenhagen bekommt man sie gewiß nicht.“

Blomberg nahm den Schlüssel und ging. Anderien legte die Maschine wieder in Gang und arbeitete weiter, während Monn aus seinem Korbe herausgeschlichen kam,

te Verluste. Andere Abzüge als die vorgenannten sind nicht gestattet.

Der Steuertarif ist gegenüber den Landeseinkommensteuertarifen zum Teil erheblich erhöht worden. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß die Reichsteuer an Stelle der Landes- und Gemeindefinkommensteuer tritt. Einkommen unter 1000 M. bleiben völlig steuerfrei, während alle Einkommen über 1000 einen Anpruch auf Abzug von 1000 M. haben. Das steuerfreie Einkommensteil erhöht sich um 500 M. für jede weitere zur Haushaltung gehörende Person des Steuerpflichtigen. Diese Summen werden aber noch erhöht werden.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 1/10 vom Hundert. Von da ab für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M. 1/11 vom Hundert. Für jede weiteren 1000 M. erhöht sich der Tarif um je 1 Prozent für 1000 M., bis zu 15 000 M. auf 24 vom Hundert. Die Staffelung steigt dann bei je 2000, 3000, 5000, 10 000 M. ufm. um ein weiteres Prozent, um schließlich bei einem Einkommen von über 500 000 Mark den Satz von 80 Prozent des gesamten Einkommens zu erreichen. Es ist also in diesem Falle der Steuerfuß von 300 000 Mark zu entrichten. Das ist zweifellos ein recht gründlicher Eingriff in denbeutel der sogenannten besitzenden Klassen.

Bei außergewöhnlichen Belastungen, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, sind bei Einkommen bis zu 20 000 M. Ermäßigungen der Steuerfüße zulässig. Die Ermäßigung darf betragen: Bei Einkommen bis zu 10 000 M. bis zu 50 v. H., bei Einkommen bis zu 20 000 M. bis zu 25 v. H.

Als außergewöhnliche Belastungen gelten solche, die durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendung in Haushalten infolge der Erwerbstätigkeit der Ehefrau verursacht werden.

Regellich der Steuererklärung ist darauf hinzuweisen, daß für alle Personen mit einem steuerbaren Einkommen von über 3000 M. die Deklarationspflicht besteht.

Ueber die Entrichtung der Steuern bringt der Entwurf ganz neue Bestimmungen, wie sie der Steuererhebung bisher unbekannt waren. Das Prinzip der Steuererfassung an der Quelle, das bereits seit langem in verschiedenen ausländischen Staaten praktisch angewandt war, hat auch im vorliegenden Entwurf für Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, Aufnahme gefunden. In dem maßgebenden Paragraphen heißt es darüber: Der Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung 10 v. H. des barren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und nach Anordnung des Reichsministers der Finanzen für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzuliefern und zu entwerfen. Der Arbeitnehmer kann die eingeleiteten und entwerteten Steuermarken wie bares Geld bei seiner Steuerzahlung eingahlen. Im übrigen geschieht die Steuerentrichtung in der üblichen Weise.

Nach dem Entwurf soll das Reichseinkommensteuergesetz bei gleichzeitiger Aufhebung der Landeseinkommensteuergesetze mit dem 1. April 1920 in Kraft treten.

Die neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin 1. Jan. In seiner Sitzung vom 30. Dezember hat der Reichskohlenverband unter Zustimmung des Reichsministers für die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preis Erhöhungen beschlossen.

Die Preis Erhöhungen betreffen sich jeweils einschließlich Kohlensteuer, aber ausschließlich Umsatzsteuer. Abgesehen von den Steuerbeiträgen setzen sich die Preis Erhöhungen im allgemeinen aus zwei Teilen zusammen. Der eine Teil dient zum Ausgleich der seit den letzten Preis Erhöhungen wieder sehr erheblich gestiegenen Preise der im Bergbau benötigten Materialien (insbesondere Holz und Eisen). Der andere Teil soll die Mittel schaffen für die beschriebenen großartigen Neubauten von Bergarbeiter-Gehildestätten, die im neueren Verlauf zur Erhöhung der Produktion führen werden, und für die Lieferung von diesen Lebensmitteln an die Bergleute, welche Ueberprüfungen verfahren; da diese Lebensmittel erst allmählich beschafft werden können, so kann die Wirkung dieser Maßregel nicht sofort eintreten.

Außer diesen Preis Erhöhungen hat der Reichskohlenverband mit Wirkung ab 15. Januar 1920 eine weitere Preis Erhöhung beschlossen. Dasselbe soll dazu dienen, die Mittel für Investitionen zwecks Erhaltung der teigigen und Wiederherstellung der Friedensförderung zu liefern. Der Reichsminister für die Reichswirtschaftsminister hat, da ihm die rechnerischen Grundlagen für diese weitere Preis Erhöhung noch nicht genügend geklärt erschienen und da er bei ihrer sehr er-

um sich an ihm zu reiden. Aber heute bedauert ihn sein Herr nicht; sein Liebesglück beschäftigte ihn zu sehr.

Madame Larsen wird schon in die Erde kommen, dachte er, ohne sich weiter Sorgen darüber zu machen. Und wenn dann Larsen den Verlust der geliebtenen zweihundert Kronen verwunden haben würde, dann kamen sie die jungen Leute, an die Reihe. Er konnte sich nicht vorstellen, daß Larsen etwas einzuwenden haben werde — sie liebten sich ja.

Nach einiger Zeit kehrte Blomberg mit dem Schlüssel zurück und sagte, er könne das Schloß nicht aufbringen. Anderien erbot sich, es zu öffnen, aber davon wollte Blomberg nichts wissen.

„Wissen Sie lieber auf Ihre Maschine, Anderien,“ sagte er streng.

Das fränkte den Gesellen und so verließ der Rest des Tages unter Schweigen. Erst, als sie zu Abend gegessen hatten, begann Anderien wieder zu plaudern, denn er konnte auf die Dauer nichts nachtragen.

Er mußte seinem Herzen Luft machen mußte erzählen, was zwischen Larsen und ihm vorgefallen war.

Und so tat er es.

„Nein, aber so etwas, Anderien!“ rief Blomberg und schlug sich auf das Knie. „Sie haben sich verlobt? Denken Sie viellecht gar daran, bald zu heiraten?“

„Ja, mit Gottes Hilfe,“ erwiderte der Geselle ernst.

„Und dann bekommen Sie jedes Jahr ein Kind oder viellecht sogar zwei — ein ganzes Nest voll — und dazu Armut ins Haus. Wui Weisel, Anderien.“

„Kinder sind ein Segen, Herr Blomberg,“ entgegnete Anderien. „Wer arbeiten will, findet schon Nahrung für eines, zwei und noch mehr, wenn es sein muß.“

„Meinen Sie?“ sagte Blomberg zweifelnd. „Nun, Sie werden ja sehen, ob es so glatt geht — aber man kann ja schließlich, auch ohne Kinder zu haben verbeiratet sein.“

„Das bestimmt der liebe Gott,“ erklärte Anderien. „Die Kinder, die er uns zugebacht hat, bekommen wir auch.“

heblichen Höhe eine vorerliche Befragung des Reichskohlenrats und eventual des Reichsbetriebs für nötig hielt, diese weitergehenden Beschlüsse beanstandet; sie treten also vorerst nicht in Wirksamkeit.

Auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenrat-Bundes vom 30. Dezember 1919 sind für den Bezirk des Rheinisch-westfälischen Kohlenfeldes die Kohlenverkaufspreise mit Wirkung vom 1. Januar 1920 einschließlich Kohlensteuer und ausschließlich Umsatzsteuer wie folgt erhöht worden:

Kohle allgemein	18,80 M je Tonne
Rußkohlen	21, — „
Bricketts	40,80 „
Koks allgemein	28,70 „
Brechfoks I—III	31,70 „
Brechfoks IV, Knobbeckfoks, Kleinfoks, halb gef. und halb gef. Koks, Perlfoks	29,70 „
Koksgrus	9, — „
Schammlöhle, minderwertige Feinköhle	6,80 „
Baschberge und Mittelkohlen	4,80 „

Katholische Antisemiterei.

Vor uns liegt das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine „Die Arbeiterin“, redigiert von Anton Bichlmair in München, der in seinem Jahresrückblickartikel in Nr. 52 vom 25. Dezember direkt hahnstühnliche Aeußerungen aus dem Munde seiner politischen Wissenschaft zum besten gibt. Er verhaßt in seinem Artikel „Das Jahr der großen Enttäuschungen“ gleichzeitig den Juden und den Sozialisten und schreibt u. a.:

Es hat noch kein Jahr gegeben, in dem wenigstens wir deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen soviel Hoffnungen und Erwartungen hegen, als zu Beginn des Jahres 1919. Das größte Hindernis für die Entfaltung der Freiheit und Gleichheit war ja beseitigt; die Throne und Monarchen. Nun konnte der Sozialismus, der mit der Revolution die Herrschaft in die Hand bekommen hatte, seine seit Jahrzehnten vorbereiteten Pläne entwickeln, seine großen Versprechungen erfüllen. Aber ach, welch bittere Enttäuschungen: der große Maulkorb erwies sich als viel zu klein, um auch nur eines seiner Versprechungen zu erfüllen. Wenn nicht etwas Gutes zustande kam, wie z. B. die Reichsverfassung, die Landesverfassungen, so ist es nur ermöglicht worden durch die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien und durch das Wohlwollen des Beamtenstandes der alten Regierung. Alles andere, was die Revolution uns gebracht hat, erfüllt uns nur mit Mel und Abscheu. Sie hat uns unter unergleichliches Heer genommen und damit uns wie Hunde an der Seite unserer Feinde ausgeleiert, deren Verleumdungen wir bereit zu spüren bekommen. Dafür läßt man unsere Heerführer, die fünf Jahre hindurch der Schwere der Feinde waren, durch Juden „großen“ gleich Schulbußen auf der Anklagebank herunterfangen, um die wirklichen Kriegsverbrecher an der Verjährung und Verschleppung ihrer blutigen Verbrechen Millionen ins Ausland nicht zu verhindern. O deutscher Reich, was bist du doch für ein großes A. . . .! Doch die sonst immer so überaus gescheiterten Sozialisten, die den Juden derartig an der Nase herumführen ließen, hätten wir doch nie für möglich gehalten. Wir wollen uns nicht anmaßen, gegen die hiermit bezappte politische Weisheit zu polemisieren und haben, wenn Anton Bichlmair ausruft: „O, deutscher Reich, was bist du doch für ein großes Aindvieh!“ die eine Genugtuung daß Anton Bichlmair auch dabei ist.

Das Beispiel von Gotha.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Gotha, die dieser Tage stattfand, erhielt Herr Gen. er in Gotha, der Kandidat der Unabhängigen, 6559 Stimmen, der Erste Bürgermeister in Gangan, Scheffler, den die übrigen Parteien einschließlich der Mehrheitssozialisten aufgestellt hatten, 11 088 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %.

In Gotha hatten die Unabhängigen vor einem Jahre die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung gegenüber allen anderen Parteien auf ihrer Seite. Sie erwarteten die Mehrheit im Landtag und in den Gemeinden. Nach dem einjährige Tätigkeit ihrer Anhänger und Mitläufer gegangt hat, daß auch sie nicht imstande sind, mit Wählerrezepten und Wärfen eine frische Welt zu kurieren, verlaufen sich dieselben nach allen Seiten.

Das wird sich überall wiederholen, wo die Umstände den Unabhängigen die Macht in die Hände spielt. Denn es ist jetzt jeder Regierung unmöglich, die furchtbaren Wunden und Läden, die der Krieg den Völkern gerissen, in dem Tempo zu heilen und auszubessern, wie manche gerne möchten.

Zum Schritt Scheidemanns

meldet der „Vorwärts“, daß Scheidemann nicht ein Verfahren gegen sich, sondern gegen den gegenwärtig im Ausland befindlichen Sonnenfeld, der jetzige den Fall Elzaz aufrollte, beantragt hat, um diesem Gesandtheit zu geben, seine Behauptungen über die angebliche Aufhebung einer Belohnung zur Ermordung Liebknechts und der Luxemburg vor Gericht zu beweisen.

Der Schneider grinste.

„Sie glauben viellecht gar noch, daß der Storch die kleinen Kinder bringt?“

„Das ist mir ziemlich gleichgültig, woher sie kommen,“ antwortete Anderien würdig. „Ich bleibe dabei, daß uns unter Herquott die Kinder identisch, wenn er sich von unserer richtigen gegenseitigen Liebe überzeugt hat.“

„Nächtigen Liebe!“ wiederholte Blomberg anzüglich. „Ich glaube gar, Sie bilden sich ein, es gäbe keine andere Liebe als die von Geleuten.“

„Das weiß ich nicht,“ entgegnete Anderien. „Aber ich habe immer gehört, es sei eine große Sünde, wenn Menschen, die einander nicht lieb haben, Kinder bekommen. Die unehelichen kleinen Wesen kommen in die Welt und glauben, daß dort ein Vater und eine Mutter seien, die sich ihrer liebevoll annähmen — denn die Liebe dabei ist der Sonnenschein für die Kinder, hat mein alter Meister gesagt. — Aber dort, wo sich die Eltern nicht lieben, verflümmern die Kinder — ihre kleinen Seelen können keinen Schatten vertragen.“

Blomberg begann sich auf eine höfliche Antwort. Da florkte es.

Und noch ehe der Schneider richtig „Gerein!“ rufen konnte, öffnete sich die Tür, und auf der Schwelle stand ein Herr.

Man fühlte sofort, daß die Gegenwart dieses Fremden etwas Besonderes ankündigte; er schien mit einer Energie geladen zu sein, die sich in bewegten Mitritzen Luft machen mußte. Mit einer unheimlichen Ruhe trat er näher, die Haltung erinnerte an ein ausgeglichenes Projektil, welches darauf gerichtet wartet, daß die Luft der Brandröhre den Hindernis erweist.

Der Mann war groß und dunkel. Er hatte einen schwarzen Hut, einen schwarzen Rock und schwarzen Bart — einen starken, gut entwickelten Anselbart.

(Fortsetzung folgt.)

Am 1. Januar 1920...
 Lehrere...
 Verjammi...
 Bad. Lehr...
 derunge...
 Bäcker...
 gemeine...
 schrieben...
 Legit“ der...
 macht; de...
 berger P...
 und Fort...
 1919, das...
 sehen Stat...
 jen Tagen...
 in den üb...
 ein ganzes...
 beßen alle...
 tragende...
 ohne Zwei...
 trotz der...
 hergerufen...
 tionäre w...
 ten unter...
 schiedliche...
 zungwen...
 beträte“ d...
 alten Vor...
 liche Ding...
 Seiten de...
 einer links...
 hinwegge...
 Wenn man...
 len ander...
 immerhin...
 Lehre...
 auch das...
 Blatt ver...
 Wille vor...
 zu ver...
 Der...
 Schule un...
 lich der...
 Forber...
 für die...
 Religion...
 Schul...
 stellen un...
 Betrag n...
 zu ver...
 Organ...
 gens, hab...
 Simultan...
 Rabin...
 fungen...
 ist bei...
 Forber...
 rufswi...
 erworben...
 auf 3...
 mehr tech...
 werden;...
 gangzeit...
 dium zu...
 und E...
 gungsgrü...
 Eine...
 Sammlung...
 Schulauf...
 The...
 Ein...
 Nürnberg...
 noren ab...
 Franz...
 geistliche...
 mande...
 lung best...
 wals den...
 bis zum...
 die Part...
 Fran...
 hier das...
 terifiz...
 so schön...
 wie in...
 wüßte...
 nur um...
 Wagner...
 Hans...
 Sait...
 hier hat...
 von Han...
 g an...
 ist immer...
 hohem...
 Schwierig...
 Regie find...
 im letzten...
 schichte...
 Stud...
 nochmals...
 in der...
 von Prof...
 Dichtung...
 gen Baum...

Das neue Programm der badischen Lehrerschaft.

Am 27. und 28. Dezember waren die Vertreter des Bad. Lehrervereins zu einer Tagung in Offenburg versammelt. Der Verammlung war ein hohes und wichtiges Ziel gestellt: Der Bad. Lehrerverein sollte Stellung nehmen zu den wichtigsten Forderungen der neuen Zeit an die Lehrerschaft. Voraussetzend hätten wir sagen, daß die Beschlüsse des Lehrervereins im allgemeinen dem entsprachen, was wir hier vor Jahresfrist ausgeschrieben. Damit hat die Entwicklung der „Programm-Ideologie“ der Lehrerschaft einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht; denn das heutige Programm, das sogenannte Heidelberger Programm von 1914 hat nun heute seine Überwindung und Fortsetzung erlebt durch das „Offenburger Programm“ von 1919, das 25 Jahre später also, unter Führung des demokratischen Stadtrats Dörsching, Hauptlehrer in Heidelberg, in diesen Tagen geschaffen wurde. Im Hinblick auf die Entwicklung in den übrigen Staaten ein reichlich später Zeitpunkt: mehr als ein ganzes Jahr nach der Revolution! Und das in einem Lande, dessen allgemeine politische Entwicklung Möglichkeiten von weittragender Bedeutung geboten hätte! Die Schuld hieran trägt ohne Zweifel der alte Vorstand, dessen schulpolitische Einstellung, trotz der oberflächlichen Professorelogie in seinen oft ohne Not herbeigerufenen Streitereien mit dem Zentrum, eine durchaus realistische war. Als Beweis deuten wir nur auf die seinem Willen unterstellten Schulzeitungen hin, zu deren realistische Maßnahmen ja auch unsere Parteipresse Stellung zu nehmen gezwungen war. Bekannt ist ja auch der Streit um die „Schulbeiräte“ deren geistige Einstellung durchaus in der Richtung des alten Vorstandes liegt. Man könnte noch auf verschiedene ähnliche Dinge hinweisen, insbesondere auf die überaus häßlich von Seiten des Vorstandes geführten Kämpfe gegen die Vertreter einer links gerichteten Schulpolitik; aber der alte Vorstand ist nun hinweggeweht und ein neuer Vorstand an seine Stelle getreten. Wenn man auch als sozialdemokratischer Lehrer an manchen Stellen andere und bessere Vertreter sehen möchte, so glauben wir immerhin annehmen zu dürfen, daß die Schulpolitik des bad. Lehrervereins nun eine klare und gerade Linie wird, und daß auch das „Scheitern Ludendorff“, insbesondere in dem Vereinsblatt verschwinden wird, und daß bei der Gesamtlehrerschaft der Wille vorhanden ist, den Schulstreit stramm auf die linke Seite zu führen.

Der erste Punkt der Verhandlungen betraf die Frage: „Schule und Religionsunterricht“. Grundtätlich stellt sich der Bad. Lehrerverein auf den Boden der Forderungen des deutschen Lehrervereins, die für die weltliche Schule eintreten und die Erteilung des Religionsunterrichts den Konfessionen überlassen. In den aber Schulräume zur Erteilung dieses Unterrichts zur Verfügung stellen und es dem Lehrer anheimstellen, sich durch einen freien Vertrag mit der Kirche zur Erteilung des Religionsunterrichts zu verpflichten, also eine Regelung wie wir sie ja bereits beim Organisationsdienst schon seit langem, nach schweren Kämpfen übrigens, haben. Solange aber die derzeitigen Verhältnisse der Simultanschule in Baden nicht geändert werden, stellt sich der Badische Lehrerverein auf den Boden der heutigen Reichsverfassung. Dabei fordert er im einzelnen Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Ausgestaltung der Lehrpläne und Lehrbücher, Aufsichtrecht des Staates, Besuchsrechte für Vertreter der Kirche, Verankerung des § 10 der badischen Verfassung in dem Sinne, daß nun dem Staat das Recht zusteht, vom Lehrer eine Willensklärung über eine etwaige Erteilung des Religionsunterrichts zu fordern und daß die Erklärung keinen Erkenntniszwang enthält, ferner Sicherungen für die Einstellung und Stellenbesetzung, auch für den Fall, daß eine anfangs übernommene Verpflichtung dieser Art später abgelehnt wird.

Der zweite Teil befaßt sich mit der Neuregelung der Lehrerbildung. Hier wird ebenfalls auf die Reichsverfassung (Artikel 143) abgehoben und aus dem dort niedergelegten Grundgedanken gefordert, daß erstens die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung auf einer höheren Schule, zweitens die berufswissenschaftliche Ausbildung auf einer Hochschule erworben wird. Die Mündelbarkeit der Berufsausbildung ist auf 8 Jahre festzulegen. Eine Anzahl von weiteren Forderungen, die mehr technischer Art sind, können an dieser Stelle übergangen werden; wichtig ist insbesondere die Forderung für die Lebenszeit, wonach jetzt schon die Berechtigung zum Hochschulstudium zu erteilen ist und zwar ohne Einschränkung für Pädagogik und Philosophie, für andere Fächer nach entsprechenden Organisationsgründungen.

Eine ganz außerordentliche Aufmerksamkeit wandte die Versammlung den Fragen der Schulverwaltung, Schulleitung und Schulaufsicht zu. Hier stehen die Gegensätze insbesondere von

links her scharf aufeinander, während sich die Rechte, welche die sogenannte Oberlehrerpolitik besitzt, zurückzieht, offenbar durch den häufig miflungenern Aufsichtsrat der betriebl. Oberlehrereingabe, zur Vorsicht gemahnt. Der Vertreter dieser reaktionären Richtung, die leider auch Anhänger bis in die parteipolitische Linke und besonders bei einer, wie man sagt, maßgebenden Stelle hat, wagt nur sehr zögernd und vorichtig für die Rücktrittler sich einzusetzen, was angesichts des im Besonderen geschlossenen Willens der übermächtigen Mehrheit wohl auch das Beste war. Der Badische Lehrerverein hat über die Frage eine Reihe Sätze aufgestellt, deren Wiedergabe z. T. uns wichtig erscheint: Der Lehrer ist in seiner Arbeit selbständig. Die erforderliche Einbeziehung in den Schulbetrieb wird durch die Lehrerschaft nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung herbeigeführt. Dies bedingt vor allem die Beseitigung der bisherigen autoritären und bürokratischen Schulleitung, weshalb der bisherige „Oberlehrer“ die Stellung eines Vorsitzenden der jetzt maßgebenden Hauskonferenz erhält. Seine Tätigkeit ist nebenamtlich und er bleibt Klassenlehrer. Der Charakter des ehrenamtlichen dieser Stellung kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß er von der Lehrerschaft auf Zeit gewählt wird und für besondere Verwaltungsarbeiten im Rahmen der Vergütungen für Lebensstunden bezahlt werden soll, während er bisher, in den Städten wenigstens, eine unbegrenzte Zahl von Klassen erhalten hat, die ihn außerhalb der Reihe seiner Kollegen stellte. Bis hierher stellte sich die Versammlung auf den Boden der absoluten Selbstverwaltung; die Durchführung des Gedankens der Selbstverwaltung auch in dem Bereich der Schulaufsicht, wie er insbesondere von sozialistischen Lehrern gefordert wird, lehnte die Versammlung ab, trotzdem dieser Gedanke in ganz hervorragender Weise vertreten wurde. Um so mehr aber muß hervorgehoben werden, daß die Lehrerschaft sich einmütig fand in dem Gedanken eines Mitbestimmungsrechtes auch bei der Schulaufsicht, wonach alle Schulaufsichtsbeamten unter Mitwirkung des Landeslehrerrates aus dem Reihen der Lehrer berufen werden müssen. Den Kreislehrern werden Kreislehrerräte, dem Ministerium ein Landeslehrerrat zur Seite gestellt, wobei nicht unerwähnt sein soll, daß die „Schulbeiräte“ ganz anders gedacht sind als jene, die Frühjahr 1919 unter gütlicher Mitwirkung des alten Vorstandes zum großen Entsetzen insbesondere der sog. Lehrer aufstanden, deren Rückständigkeit aber trotz der Gebotlichkeit so elementar war, daß der starke Protest der entschlossenen Schulreformer den Minister veranlaßte, sie ab-acta zu legen. Als wichtig möge weiter erwähnt werden, daß auf allen Stufen der Schulverwaltung Eltern und sonstige am Werke der öffentlichen Erziehung interessierte Staatsbürger zur Beratung und Mitwirkung herbeizuziehen sind.

Natürlichweise beschäftigt sich das neue Programm auch mit den Gehaltsforderungen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Klärung der Grundfrage, nach denen überhaupt Gehaltsätze für die Lehrerschaft festzulegen sind. Maßgebend ist hier vor allem die Vorbildung, die — soweit sie keine wesentliche längere Ausbildung verlangt — für alle Lehrer die gleiche sein muß. Daraus folgt, daß die Volksschullehrer entsprechend ihrer Vorbildung und ihrer Arbeit als freie geistige Tätigkeit von der akademisch gebildeten Lehrer in ihrem Wesen nicht verschieden ist, in die Gehaltsklasse einzuordnen sind, die der Besoldungsstufe für Beamte und Lehrer mit höherer akademischer Bildung unmittelbar vorausgeht. Dazu kommen noch einige Nebenforderungen über Differenzierung nach Sonderkategorien, Nebenarbeit, die grundsätzlich verworfen wird, gehaltliche Behandlung der unständigen Lehrer u. a.

Schließlich befaßt sich die Versammlung noch mit einer Reihe von fachwissenschaftlichen und vereinsorganisatorischen Fragen. Von allgemeiner und politischer Bedeutung ist die einmütige Entschiedenheit gegen die Unterstellungen des Abg. Behrendt in seiner Rede auf dem Freiburger Katholikentag.

Als Ganzes war so diese Vertreterversammlung eine klare und eindeutige Willensäußerung der Lehrerschaft, die auch in politischer Hinsicht als bedeutend bezeichnet werden darf.

Badische Politik.

H.-r. Aufkauf deutscher Eisenbahn durch ein französisches Konjunktum? Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt ein französisches Konjunktum die noch in deutschen Händen befindlichen Aktien der zur Strahburger Eisenbahn gehörigen Nebenbahn: Rehl-Offenburg-Dienheim Rehl-Wülfl. Schwärzach-Neustadt in seinen Besitz zu bringen. Das Verlangen dieser Bahnen, das von dem Projekt Wind bekommen hat, wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Verwässerung. Eine Kommission soll demnächst bei der Regierung vorstellig werden, um zu veranlassen, daß diese ein Veto gegen den Verkauf einlegt.

Verstärkungsreise. Die vom Landtag eingesetzte Verstärkungsmission, welche die Einrichtungen der Eisenbahnbetriebsverhältnisse in Augenschein nimmt und der die Abg. Gölcher (Ztr.), Freig (Soz.), Hoffmann (Dem.), Reich (Soz.), Mann (Ztr.), Niederhöhl (Dem.) und Schöffe (D.M.) angehört, hat kürzlich die Eisenbahnbetriebsverhältnisse in Billingen und daran anschließend die Saline in Bad. Dürkheim besichtigt. Hierbei wurde auch mit den Arbeiterschaften darüber beraten, wie dem Ausgange der Salzproduktion begegnet werden könne.

Ueber die Sicherung des Schulbesuchs ist zwischen der preussischen Regierung und dem bad. Unterrichtsministerium folgende neue Vereinbarung zustande gekommen: Die dem Lande Preußen angehörigen Kinder, welche sich in Baden aufhalten, und die Baden angehörigen Kinder, welche sich in Preußen aufhalten, werden nach Maßgabe der im Lande des Aufenthalts bestehenden Gesetze wie Inländer zum Besuche der Volksschule herangezogen. Kinder, die bereits in ihrem Heimatstaat vor dem Verzuge in den anderen Staat der Schulpflicht genügt haben und sich hierüber durch ein Zeugnis der heimischen Schulbehörde ausweisen, sind jedoch zum Besuche der Volksschule in dem Staat ihres Aufenthalts nicht mehr heranzuziehen, auch wenn das am Orte ihres Aufenthalts geltende Recht eine größere Ausdehnung des obligatorischen Schulbesuchs vorschreibt.

Gemeindepolitik.

Bad. Heim, Kommune. Mit dem Bademeien ist es leider noch recht schlecht bei uns bestellt. Nach Silbergleits Bahnen in den Veröffentlichungen des Verbandes für Volkshüter entfällt auf 21.000 Personen eine öffentliche Warmbadanlage. Das sind traurige Zustände. Genau so schlecht, ja noch schlechter steht es mit den Badvereinsämtern in den Wohnungen. Das Ideal ist und bleibt das Bad im Hause, das jederzeit bequem zur Verfügung steht. Man sollte darum annehmen, daß heute, wo man für Volkshüter wirklich Sinn haben sollte, keine neue Wohnung mehr ohne Bad errichtet wird. Doch, wenn man sich die leider so spärlichen Neu- und Umbauten einmal ansieht, dann stellt man das Gegenteil fest. In

den sog. herrschaftlichen Häusern fehlt die Badewanne allerdings nie, in den Arbeiterhäusern aber gilt sie als Luxus. Auf Grund einer Rundfrage der Zentralstelle des Deutschen Städtebundes vom Juli 1919 weiß Frankfurt a. M. in seiner Antwort auf eine Denkschrift von Prof. Gahn und Direktor Wehler, die gemeinnützige Bautätigkeit in Frankfurt a. M. hin. Da heißt es an einer Stelle z. B.: Von den Wohnungen (in gewissen neuen Häusern, D. M.) besitzen 164 je ein eigenes Bad, bei 124 Wohnungen ist für je vier Familien ein gemeinsames Bad vorhanden, fünf Häuser enthalten je ein gemeinsames Bad, während 154 Wohnungen nicht mit einem Bade ausgestattet sind. Die Hälfte dieser neueren Häuser also hat kein Bad. Und wer bewohnt diese Häuser? „Von den Wohnungsinhabern“, so heißt es, waren 864 Arbeiter und 102 Angestellte und Beamte.“ So ist es für den Arbeiter ist und bleibt das Bad Luxus.

Die Wohnungsnot ist heute grenzenlos, und es wird wohl oder übel bald überall gebaut werden müssen. Da heißt es, dann auch an das Bad für Arbeiter zu denken. In jedem Hause sollte die Badewanne eine Selbstverständlichkeit sein, und dem Bau, der keine Bad Gelegenheit vorieht, sollte grundsätzlich die Genehmigung verweigert werden. Man bedenke, daß die werdenden neuen Wohnungen lange Jahrzehnte wahren sollen. Da ist es wahrhaft angebracht, einmal solche Anlagen einzufügen, damit nicht Jahrzehnte hindurch Generationen unter ihrem Fehlen zu leiden haben. Es ist eine Schande, daß heute im Reichsbuchdruck auf 3200 Personen eine Badewanne kommt. Soll das denn ewig so bleiben?

Heidelheim, 31. Dez. Bürgermeisterwahl. Bei der am 20. Dezember stattgefundenen Bürgermeisterwahl siegte der seitliche Bürgermeister mit 30 Stimmen gegen 27 Stimmen, die auf den demokratischen Gemeinderat Doll entfielen. Der gewählte Bürgermeister Rimmermann gehört der konservativen Partei an und wurde vom Zentrum unterstützt. Der Demokrat Doll wurde von unserer Partei unterstützt. — Der Ausgang der Wahl stand auf des Messers Schneide. Die schlechte Wahlbeteiligung bei den Bürgerauswahlsproben rächte sich auch hier. Abgestimmt haben sämtliche „wohlberechtigten“ Mitglieder.

Mühlheim, 31. Dez. Der Gemeinderat hat beschlossen, bei der heiligen Evariste ein Darlehen von 500.000 M. zur Tilgung laufender Schulden aufzunehmen. — Die Gemeindefagd in Nieblingen (A. Brach) mit einem Flächeninhalt von rund 600 Hektar wurde zum Preise von 4000 M. neuverpachtet. Der bisherige Erlös betrug 1010 M.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Partei Baden. Die neuen Rechnungsformulare für die Monate Oktober, November und Dezember 1919 sind den Ortsvereinen in je drei Exemplaren, von einem gedruckten Rundschreiben des Bezirksvorstandes begleitet, zugegangen. Wir eruchen die Ortsvereinsvorstände, den Inhalt des Rundschreibens genau zu beachten.

Die Abrechnungen für die genannten drei Monate sind sofort fertigzustellen und nebst den Geldbeträgen dem Sekretär des Bezirksvorstandes, Karl Gahn, Mannheim, R. 3, 14, spätestens bis zum 10. Januar ds. Js. einzusenden. Dieser Termin ist von allen Ortsvereinen pünktlich einzuhalten. Mannheim, den 2. Januar 1920.

Der Bezirksvorstand.

Bezirkskonferenzen des 3. Landtagswahlkreises. Es sei hiermit nochmals auf die morgen Sonntag und am Montag, 3. Januar stattfindenden Bezirkskonferenzen hingewiesen. Da die Tagesordnung, „Entscheidung über den Reichstagswahlen“ und „Wahl der Bezirksvorstände“ eine sehr wichtige ist, muß jede Mitgliedschaft vertreten sein.

Soziale Rundschau.

Generalversammlung der Haftpflichtversicherung der Bau- und Landwirtschaftskammer. Am 11. Dezember 1919 fand die diesjährige 8. ordentliche Generalversammlung der Haftpflichtversicherungs-Anstalt der Bau- und Landwirtschaftskammer statt. Der Geschäftsbericht zeigte eine recht zufriedenstellende Entwicklung der Anstalt im Berichtsjahr 1918. Die Gesamtmitgliedschaft betrug auf Ende dieses Jahres 20.412. Die Einnahmen der Anstalt erhöhten sich von 62.000 auf 73.500 M. An Schadensfällen wurden im Geschäftsjahr 1918 305 gemeldet; hiervon wurden 242 erledigt und 63 mit einer Schadensrezerve von 8.000 M. ins neue Jahr übernommen. Die Regulierungskosten stiegen von 12.140 M. auf 16.584 M.

Jugend und Sport.

Weihnachtsfeier der Freien Turnerschaft Heidelheim. Einen schönen Verlauf nahm die am 20. Dezember stattgefundene Weihnachtsfeier der Heidelheimer Freien Turnerschaft. Die erste Weihnachtsfeier nach fünf für die Arbeiterschaft schweren Kriegsjahren. Der Saal war überaus stark besetzt. Leider mußten wir acht Turngenossen vermissen, die in fremder Erde schlummern und noch einige, die in Gefangenschaft schmachten. Die turnerischen Vorführungen waren von größter Wirkung, zeigten Ertüchtigung und Kapazität vorzüglich. Jeder Mitwirkende war sichtlich bemüht, sein Bestes zu geben im Interesse des Vereins. Auch der unterhaltende Teil fand allgemeinen Anklang. Allen Mitwirkenden sei für ihre Mühe bestens gedankt. Möge das Fest auch dem noch fernstehenden sporttreibenden Arbeiter zeigen, daß sein Platz nur in der Freien Turnerschaft sein kann. — Die nächste Monatsversammlung findet am Samstag, 10. Januar im Lokal zum „Badischen Hof“ statt. — Turnstunden vom neuen Jahre ab jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Aus Thoren wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt, daß nach der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau“ die Hebergabe Brombergs an den polnischen Staat voraussichtlich am 17. oder 18. Januar erfolgen dürfte.

Bunzlauer bei Hannover, 2. Jan. Beim Spielen mit einer Handgranate, die Kinder auf bisher unangelegte Weise gefunden hatten, ereignete sich eine Explosion. Vier Kinder wurden gerissen.

Düsseldorf, 2. Jan. Der Wasserstand des Rheins ist seit gestern nachmittags im Zurückgehen begriffen. Der Pegelstand zeigte abends 8 Uhr 8 Meter, während er mittags 12 Uhr 6,6 Meter betrug.

Wien, 31. Dez. Gestern abend fuhr der erste Zug mit 550 Kindern nach Heidelberg ab. Bei der Abfahrt jagte der Vizebürgermeister dem deutschen Generalkonsul Dank dafür, daß die selbst schwerbedrängten Brüder den Wienern in ihrer schweren Not beistehen.

Wagrad, 1. Jan. Reuter meldet, daß der Bau der Wagrad von Wagrad nach Wagrad um 14 Meilen täglich fortgeschritten. Der Dienst wird in allernächster Zukunft aufgenommen werden können. Zwei Züge werden die Fahrt von Wagrad nach Wagrad in 23 Stunden zurücklegen. Man hofft aber, durch Verbesserungen die Fahrzeit auf 12 Stunden herabsetzen zu können. Güterzüge werden zur Zurücklegung der Strecke 48 Stunden benötigen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

Ein schöner Neujahrsbeginn: „Die Messerfinger von Nürnberg“. Der erste Akt war ein wenig extra ordentlich. Es waren aber auch nicht weniger denn vier Unbesetzungen: n. a. Franz Schwerdt als David; der Reizus machte — bezeichnenderweise — einige Textfehler, man kann sogar sagen manche. Doch in Anbetracht der schwierigen Lage sei die Leistung bestens anerkannt. Helmut Reugebauer sang erstmals den Walter. Am Anfang allzu schwach, sang er zwar bis zum Schluß durch, und es war bemerkenswert, wie er die Partie bewältigte. Aber: Das war nicht der Ritter aus Frankenland; man hätte doch einmal auf die Weise (wie sagen hier das entsehlende Wort „Motiv“), mit der ihn Wagner charakterisiert Reugebauer gab einen Märchenprinzen. Und dann — so schön es klang — er fing sich ungewissheitstakt! Hier war in der „Kauenscheiner Hochzeit“; er ist ein so prachtvoller lyrischer Tenor, ein so hinreißender Mozartsänger, daß es nicht nur um „ihn“ schade wäre, wollte er den Kampf gegen das Wagnerverächter fortsetzen. Müllners Meisterleistung, der Hans Sachs, war wieder von unergiebiger Seite, Edith Cajijl Edegen ist unstrittig das Beste, das wir seit Jahren hier hatten; im Quintett sang sie prachtvoll. Der Wadmesser von Hans Waffand ist eine unvergleichliche Figur. Wolf ist immer sehr nett, doch gelang die Anrede gegen Ende trotzdem noch. Fritz Cortezis half über all Schwierigkeiten mit gewohnter Sicherheit hinweg. Mit der Regie sind wir ausgehört; die Sache mit dem Blatte stimmte im letzten Akt. Allerdings hatte Peter Dumas die Geschichte — selber in die Hand genommen. — s. k.

Studen-Vortrag des Theaterkulturverbandes. Wir verweisen nochmals auf den am Sonntag, 4. Januar vormittags 11 Uhr in der Wandelhalle des Landestheaters stattfindenden Vortrag von Prof. Dr. Arthur Kreis über „Euard Studien und seine Dichtung“ und die daran anschließenden Negotiationen der Herren Baumbach und Schönfeld, sowie der Frau Balfanz.

